

Die Freiheiten der Kurden dürfen nicht für die Zentralisierung Syriens geopfert werden

Trotz eines Waffenstillstands zwischen der Regierung von al-Sharaa und den SDF (Syrian Democratic Forces) gibt der Präsident nicht die nötigen Garantien für den Schutz der syrischen Kurden, argumentiert Joseph Daher.

Joseph Daher, newarab.com, 21.01.26

Obwohl sich die Regierung von Ahmed al-Sharaa und die kurdischen *Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF)* am Dienstag auf einen weiteren Waffenstillstand geeinigt haben, dauern die Kämpfe und Spannungen im Land an.

Trotz der Gewährung sprachlicher, kultureller und staatsbürgerlicher Rechte für die kurdische Bevölkerung in Syrien durch al-Sharaa und trotz offizieller Positionen innerhalb des Staates bestehen weiterhin berechnigte Befürchtungen.

Die *SDF* haben zu einer allgemeinen Mobilisierung der Kurden aufgerufen, um ihre Gebiete gegen die Militäroffensiven der Regierung zu verteidigen, die ihre Macht in Syrien ausbauen will. Nach wochenlangen Zusammenstößen rückten die Streitkräfte der Regierung in die mehrheitlich von Kurden bewohnten Stadtteile Sheikh Maqsoud und Ashrafiyeh in Aleppo vor, was zur Vertreibung von über 100.000 Zivilisten führte. Dies gipfelte darin, dass die Regierungstruppen nach dem Rückzug der *SDF* große Teile der Provinzen Deir Ezzor und Raqqa einnahmen.

Die Militäroffensive von Damaskus in Aleppo sowie in anderen von den *SDF* kontrollierten Gebieten begann nach Ablauf der in der Vereinbarung vom 10. März 2025 festgelegten Frist am 31. Dezember 2025. Das von Washington zwischen dem syrischen Interimspräsidenten Ahmed al-Sharaa und Mazloum Abdi, dem Chef der *SDF*, ausgehandelte Abkommen sah die Integration sowohl des zivilen als auch des militärischen Flügels der *SDF* in den Staat vor. Die politische Pattsituation blieb jedoch bestehen. Darüber hinaus fand die militärische

Eskalation nur zwei Tage nach einem Treffen in Damaskus zwischen den syrischen Behörden und den SDF statt, an dem auch US-Militärangehörige teilnahmen.

Es ist offensichtlich, dass die syrischen Behörden während der laufenden Verhandlungen einen Plan entwickelten, zunächst eine Militäroperation in Aleppo zu starten und diese dann auf andere von den *SDF* kontrollierte Gebiete auszuweiten. Sie versammelten verschiedene arabische Stämme – die seit einiger Zeit mit al-Sharaa in Kontakt stehen – in Deir Ezzor und Raqqa, um eine allgemeine Offensive gegen die *SDF* vorzubereiten. All dies geschah mit Unterstützung der Türkei und mit grünem Licht aus Washington.

Viel Unsicherheit

Der ursprüngliche Waffenstillstand vom 18. Januar und das 14-Punkte-Abkommen sahen den Einmarsch syrischer Streitkräfte in den Nordosten des Landes und die Integration der *SDF* in die nationale Armee vor. Dennoch konnte dies die militärische Eskalation der Regierung nicht aufhalten.

Am Dienstag, 20. Januar, wurde ein neues Abkommen geschlossen. Die syrische Nachrichtenagentur SANA gab bekannt, dass die syrischen Streitkräfte nicht in die Zentren der Städte al-Hasaka und Qamischli einmarschieren werden. Sie würden in den Außenbezirken bleiben. Damaskus erklärte außerdem, dass die syrischen Streitkräfte nicht in kurdische Dörfer eindringen und dass in diesen Dörfern keine anderen Streitkräfte präsent sein würden als lokale Sicherheitskräfte, die aus den Bewohnern der Region rekrutiert werden. 2

Darüber hinaus wird laut SANA erwartet, dass Abdi „einen Kandidaten der *SDF* für das Amt des stellvertretenden Verteidigungsministers sowie einen Kandidaten für das Amt des Gouverneurs von Hasaka sowie Namen für die parlamentarische Vertretung und eine Liste von Personen für die Beschäftigung in syrischen staatlichen Institutionen vorschlagen wird“. Allerdings bestehen weiterhin viele Unsicherheiten hinsichtlich der Umsetzbarkeit dieser Vereinbarungen und ihrer Verwirklichung. 3

Gleichzeitig sorgt die Lage im berüchtigten Lager al-Hol in Hasaka, in dem Familien und Anhänger des Islamischen Staates (ISIS) untergebracht sind, für berechtigte Angst, da es alarmierende Berichte über die Flucht von Hunderten von ISIS-Mitgliedern gibt. 4

Ausländische Unterstützung

Obwohl die USA (zusammen mit Frankreich) offiziell daran gearbeitet hatten, die Spannungen zwischen den beiden Akteuren zu deeskalieren, und obwohl sie seit langem

Partner der *SDF* im Kampf gegen den *Islamischen Staat (ISIS)* sind, hat Washington keinen nennenswerten Druck ausgeübt, um die Militäraktionen der syrischen Regierung zu stoppen.

Tatsächlich sind die USA zu einem wichtigen Unterstützer der neuen Regierungsbehörden geworden, wie die zahlreichen Treffen zwischen Trump und al-Sharaa sowie die Aufhebung der *Caesar-Sanktionen* im Dezember 2025 zeigen.

Ankara hat seinerseits Druck auf die *SDF* ausgeübt, sich aufzulösen und in die syrische Armee zu integrieren. Es ist anzumerken, dass die Türkei die Gruppe als Ableger der Kurdischen Arbeiterpartei (*PKK*) betrachtet, die sie als „terroristische“ Organisation einstuft. Seit Beginn der Militäroffensive der syrischen Regierung haben türkische Vertreter mehrfach bekräftigt, dass sie bereit sind, gemeinsam mit der syrischen Armee gegen die von syrischen Kurden geführten Kräfte zu kämpfen.

Die Türkei hat gestern Abend auch Gebiete in Qamischli beschossen, und es wird allgemein angenommen, dass sie bei den jüngsten Militäroperationen erhebliche logistische Unterstützung geleistet hat. 5

Nach dem Sturz des Assad-Regimes ist die Türkei zu einem der wichtigsten regionalen Akteure in Syrien geworden, insbesondere im Norden des Landes. Durch die Unterstützung der von Hay'at Tahrir Sham (*HTS*) dominierten syrischen Behörden hat Ankara seinen Einfluss auf das Land gefestigt.

Neben der Förderung der Rückkehr syrischer Flüchtlinge und dem Bestreben, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Wiederaufbaus zu profitieren, besteht das Hauptziel der Türkei darin, die kurdischen Autonomiebestrebungen, die als Bedrohung für die nationale Sicherheit angesehen werden, zu unterbinden und die Autonome Verwaltung Nord- und Ostsyriens (*AANES*) zu zerschlagen.

Ein paar Schwächen

In nur wenigen Tagen eroberten die syrischen Machthaber zwei Drittel der von den *SDF* gehaltenen Gebiete zurück. Abgesehen von den unmittelbaren geostrategischen Aspekten zeigt dieser rasche Vormarsch auch die Grenzen des politischen Projekts der *AANES* unter der nicht-kurdischen Bevölkerung, insbesondere den Arabern. Seit Jahren protestieren Teile der arabischen Bevölkerung gegen „Diskriminierung“, gezielte „Sicherheitsmaßnahmen“ und die „Inhaftierung von Aktivisten“ sowie gegen die „mangelnde Vertretung“ innerhalb der Institutionen der *AANES*.

Anstatt Strategien zu entwickeln, um die Zustimmung der arabischen Volksschichten in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu gewinnen, haben die Leitenden der *SDF* stattdessen mit

Stammesführern bei der Verwaltung der lokalen Bevölkerung zusammengearbeitet. Diese Stammesführer sind jedoch dafür bekannt, dass sie ihre Loyalität je nach den derzeit mächtigsten politischen Akteuren wechseln und sich auf die Sicherung ihrer eigenen materiellen Interessen konzentrieren. Als sich das Kräfteverhältnis zunehmend zugunsten von Damaskus verschob, folgten die Stammesführer diesem Kurs.

Darüber hinaus schwächte das unangebrachte Vertrauen der *SDF*-Führung in die fortgesetzte Unterstützung durch die USA sowie ihr mangelndes Interesse am Aufbau breiterer und tieferer politischer Allianzen mit den demokratischen und progressiven Kräften des Landes die Nachhaltigkeit des politischen Projekts der *SDF*.

Zentralisierung der Macht

Letztendlich sollte die jüngste Militäroffensive der Streitkräfte der Regierung als Teil der anhaltenden Bemühungen der derzeitigen syrischen Führungseliten um eine Zentralisierung der Macht verstanden werden sowie als Ablehnung eines inklusiven Weges für die Zukunft Syriens. Dies ist seit dem Sturz Assads der Fall. In den folgenden Monaten wurden unter der Führung von al-Sharaa erhebliche Menschenrechtsverletzungen begangen, insbesondere die Massaker an der alawitischen und drusischen Bevölkerung an der Küste und in Sweida. Neben diesen Angriffen haben die herrschenden Behörden auch versucht, demokratische Rechte und Freiheiten einzuschränken.

Darüber hinaus werden die herrschenden Behörden und ihre Anhänger beschuldigt, einen aggressiven Diskurs gegen Kurden und die *SDF* zu führen, einschließlich Vorwürfe von erheblichem Rassismus und Menschenrechtsverletzungen durch Regierungstruppen und mit ihnen verbündeten bewaffnete Gruppen.

So erließ beispielsweise der syrische Minister für Stiftungen, Mohammad Abu al-Khair Shukri, eine religiöse Anweisung, in der er die Moscheen im ganzen Land aufforderte, die von ihm als „Eroberungen und Siege“ bezeichneten Erfolge der mit Damaskus verbündeten Streitkräfte in Ostsyrien zu feiern und für den Erfolg der Soldaten der syrischen arabischen Armee zu beten.

Außerdem deutet die ausdrückliche Erwähnung von Vers sechs der Sure al-Anfal aus dem Heiligen Koran darauf hin, dass er damit auf die Anfal-Militäraktion von 1988 anspielen wollte. Diese wurde von Saddam Hussein gegen die Kurden im heutigen Kurdistan im Irak geführt und war geprägt von Chemiewaffenangriffen, Massenmorden und weitreichender Zerstörung. Trotz dieses besorgniserregenden Hintergrunds unterstützen regionale und internationale Machthaber weiterhin die syrischen Regierungsbehörden und legitimieren und stärken damit deren Macht über das Land. Daher bestehen trotz der Gewährung

sprachlicher, kultureller und staatsbürgerlicher Rechte für die kurdische Bevölkerung in Syrien durch al-Sharaa sowie trotz offizieller Positionen innerhalb des Staates weiterhin berechnete Befürchtungen.

Eine der obersten Prioritäten für progressive und demokratische Kräfte in Syrien ist es nun, das Blutvergießen zu beenden, die sichere Rückkehr vertriebener Zivilisten zu ermöglichen und gegen Hassreden und sektiererische Praktiken im Land zu kämpfen. Die Zukunft Syriens steht auf dem Spiel. Tatsächlich haben die neuen Machthaber gezeigt, dass ihre Pläne keinen radikalen Bruch mit den autoritären Praktiken des früheren Regimes darstellen.

Derzeit gibt es seitens Damaskus keine Pläne für eine demokratische und inklusive politische Vertretung und Machtteilung. Alle Syrer, die Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit anstreben, sollten sich über diese Entwicklungen Sorgen machen und sie mit aller Kraft bekämpfen.

Joseph Daher ist Wissenschaftler und Autor der Bücher „Syria after the Uprisings, The Political Economy of State Resilience“ (Syrien nach den Aufständen, Die politische Ökonomie der staatlichen Widerstandsfähigkeit), „Hezbollah: the Political Economy of Lebanon’s Party of God“ (Hisbollah: Die politische Ökonomie der Partei Gottes im Libanon) und „Marxism and Palestine“ (Marxismus und Palästina).

1 <https://www.rudaw.net/english/middleeast/syria/190120268>

2 <https://sana.sy/en/syria/2291595/>

3 <https://www.rudaw.net/english/middleeast/syria/200120265>

4 <https://stj-sy.org/en/syria-civil-society-organizations-call-for-an-immediate-halt-to-the-military-escalation-in-northeast-syria/>

5 <https://hawarnews.com/en/4-ceasefire-violations-by-interim-govt-factions-amid-turkish-shelling>

Quelle: <https://www.newarab.com/opinion/should-kurdish-freedom-be-sacrificed-syrias-centralisation>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de